

Tiroler Tageszeitung, Leitartikel, Ausgabe vom 4. September 2019. Von PETER NINDLER. "Gewalt lässt sich nicht wegträumen".

Innsbruck (OTS) - Die Politik in Tirol darf vor Zuwanderungskriminalität nicht die Augen verschließen. Deshalb muss sie auf die Flüchtlingsquartiere besonderes Augenmerk legen. Jeder Vorfall ist einer zu viel - und darf nicht kleingeredet werden.

Mit Sicherheit spielt man nicht. Die Flüchtlingskrise hat das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gehörig strapaziert und der Populismus konnte sich im Vakuum der Schönfärberei breitmachen. Weil die Politik nicht selten Antworten auf die Bedürfnisse der Einheimischen schuldig geblieben ist. Österreich und Deutschland haben ein Gesicht der Menschlichkeit gezeigt, doch nicht jeder Asylwerber ist deshalb gleich der nette Flüchtling von nebenan. Wie auch nicht alle Geflüchteten pauschal gewaltbereit, kriminell oder Integrationsverweigerer sind. Gewalt wurde häufig zu ihrem Lebensbegleiter, schwer traumatisiert fristen viele Asylwerber ihr Leben von Tag zu Tag; in Großquartieren und von Abschiebung bedroht. Darin steckt jedoch der Keim von Zuwanderungskriminalität und Übergriffen. Natürlich auch in Tirol, das lässt sich nicht wegträumen.

Unabhängig davon, dass sich die Landesflüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) durch interne und politische Unzulänglichkeiten selbst beschädigt hat, ist sie leider mit Blindheit geschlagen. Gewollt oder ungewollt. Denn bis heute wurde nicht verstanden, dass gerade Flüchtlingsunterkünfte jene Reibungsflächen bieten, wo sich Konflikte entzünden - verbal und körperlich. Und die davon betroffenen Opfer sind fast durchwegs selbst Migranten. Es geht deshalb nicht um Statistiken, sondern um politischen Realismus. Um Gespür und Vorbeugung. Schlicht um professionelle Sicherheit für Asylwerber, Flüchtlingsbetreuer und die Tiroler Bevölkerung. Ist es die grüne Brille der politisch Verantwortlichen für das Flüchtlingswesen in Tirol, die den Blick auf die notwendigen Maßnahmen trübt? Skandalisierung ist nur möglich, wenn Probleme kleingeredet und verharmlost werden. Das hat Soziallandesrätin Gabriele Fischer (Grüne) unterschätzt. Wohl wissend, dass bereits ihre Vorgängerin Christine Baur durch das Nicht-hinsehen-Wollen berechtigtes Misstrauen in eine an sich gut funktionierende Flüchtlingsbetreuung heraufbeschworen hat. Die Opposition wird sich hüten, die TSD mit Samthandschuhen

anzufassen. Zu viel ist seit der Ausgliederung der Flüchtlingskoordination dort schiefgelaufen. Es gibt Sicherheitsdefizite, die auch den Untersuchungsausschuss aufmunitionieren. Weil die Politik amateurhaft agiert und dort gespart hat, wo - überspitzt formuliert - Geld keine Rolle spielen darf. Bei der Sicherheit. Darauf haben sowohl die Schutzbefohlenen in der Grundversorgung als auch die Bevölkerung ein Anrecht. Nicht erst morgen, sondern bereits seit gestern.

~

Rückfragehinweis:

Tiroler Tageszeitung
0512 5354 5101
chefredaktion@tt.com

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/213/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0205 2019-09-03/22:00

032200 Sep 19

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190903_OTS0205